

Unentschieden – offen

Das Superwahljahr 2024

| KARL-RUDOLF KORTE | **Im Jahr 2024 wird eine Serie von Wahlen stattfinden. Die Europawahl, drei ostdeutsche Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen und zeitgleich zahlreiche Kommunalwahlen. Welche Herausforderungen erwachsen daraus für die westlichen Demokratien?**

Wohin eine Gesellschaft driftet, entscheidet sich meist nicht an den politischen Rändern, sondern in Deutschland weitgehend in der Mitte und daran, welche Tonalität diese Mitte setzt. Die Mitte trägt deshalb große Verantwortung für den Erhalt zivilisatorischer Standards und einer „robusten Zivilität“ (Timothy Garton Ash), zumal wenn sie so breit aufgestellt ist wie in Deutschland. Wer insofern zu viel auf die Ränder schaut, kann die Mitte aus den Augen und dem Sorgehorizont verlieren. Der teils klima- und kriegsbedingte Zustrom von Geflüchteten erhöht den Verantwortungsdruck. Das gilt auch für die Versöhnungsstrategien mit Zumutungen im Bereich von Klima- und Umweltschutz. Um enkelfähige Gestaltungspolitik inklusiv, das heißt mit den Bürgern und nicht gegen die Bürger, zu entwickeln, haben auch konservative Parteien ihren Beitrag zu leisten. Thomas Biebricher prägt die These, dass die klassischen konservativen und christdemokratischen Parteien nicht nur einen notwendigen Schutz gegen die am-

bitionierte Rechte bilden, sondern auch für die Förderung des notwendigen gesellschaftlichen und politischen Wandels unverzichtbar sind. Hier greift ein Politikparadoxon: CDU und CSU müssten zur Klimaschutzpartei werden, die sich von der Nähe zur fossilen Wirtschaft verabschiedet und dadurch Verantwortungsübernahme signalisiert, die Gemeinwohl sichert.

Problematische Serie

Die politische Mitte wird, aller Voraussicht nach, 2024 auf harte Proben ge-

»Wer insofern zu viel auf die Ränder schaut, kann die Mitte aus den Augen und dem Sorgehorizont verlieren.«

stellt. Der Zufall des Wahlkalenders entblößt für 2024 eine problematische Serie an Wahlen – mit der Europawahl und drei ostdeutschen Landtagswahlen (Brandenburg, Thüringen, Sachsen) und zeitgleich zahlreichen Kommunalwahlen. Segen und Fluch des Wahlkalenders: Die Wahlen im Osten und die Europawahl dramatisieren ein Gefährdungspotenzial für unsere Demokratie. Vorausseilende Skepsis. Dieses Bild wäre weniger eingetrübt, wenn sich nicht diese ungewöhnliche Ballung an besonderen Wahlen alle fünf Jahre wiederholen würde. Eine andere, demokratiepositivere Projektion erweckt hingegen der Blick auf das kommende Jahr 2025, mit einer Landtagswahl (Hamburgische Bürgerschaft) sowie der Bundestagswahl.

Europawahl

Bei der kommenden Europawahl 2024 können erstmals bei einem bundesweiten Wahlgang alle Bürger ab 16 Jahren mitwählen. Dennoch gehört die Europawahl zur Kategorie der sogenannten Nebenwahlen; sie hat in der Regel eine geringere Wahlbeteiligung im Vergleich zu einer Bundestagswahl. Denkwortvoten, die Abstrafung von Regierungsparteien, ein Midterm-Hoch kleinerer Parteien sind eher möglich als bei einer Bundestagswahl. Das galt auch für die zurückliegende Europawahl von 2019: Sie zeigte Verluste der traditionell größten Parteien der Mitte, das Scheitern der radikalen Linken, die Zunahme des rechten und rechtsextremen Populismus und Gewinne der ökologischen Parteien. Die Grünen landeten damals erstmals bei einer bundesdeutschen Wahl auf Platz 2, was der Europawahl den Namen „Klimawahl“ einbrachte. Ein ähnliches Profil ist auch in Zeiten großer Umbrüche und Unsicherheiten für die Europawahl 2024 zu erwarten. Der rechtsextreme Rand des Parteienspektrums wird vermutlich profitieren.

Landtagswahlen

Das könnte im Hinblick auf die AfD auch für die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg 2024 der Fall sein. Wird die AfD in einem dieser Bundesländer zur stärksten Kraft? Das kann zu Beginn des Jahres 2024 niemand wissen. Der Wählermarkt ist extrem dynamisch und veränderbar. Wählerische Wähler lassen Prognosen nur in begrenztem Ausmaß als sinnvoll erscheinen. Die Protestkultur der Straße hat zudem gezeigt, was sich eruptiv entwickeln kann. Der millionenfache Bürgerprotest pro Grundgesetz und contra AfD war

AUTOR



Karl-Rudolf Korte ist Professor und Direktor der NRW School of Governance am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen.

ein Signalereignis. Solidarisch und befreiend, ermutigend und veränderungsfähig zugleich, so zeigte sich in vielen großen und kleinen Städten quer über das Land verteilt eine wache Zivilgesellschaft, die sich plötzlich engagierte. Ob sich dies in Wahlstimmen gegen die AfD ausreichend überträgt, ist nicht absehbar. Aber es zeigt, dass viele Bürgerinnen und Bürger erkennen, dass in einer Demokratie nichts einfach passiert, sondern jeder sie mitgestalten kann.

Politikverdrossenheit und -verachtung

Unabhängig von der Kritik an den Leistungen der Berliner Ampel hat sich das Verhältnis von Regierenden und Regierten in den letzten Jahren verkompliziert. Staatsverächtlich sind Bürger unterwegs und Hass ist hungrig. Die zunehmende Komplexität im Kommunikationsalltag der digital vernetzten Vielen korrespondiert mit Gesprächsstörungen zwischen Bürgern und der Politik. Diese Gesprächsstörung hat eine doppelte Wucht. Denn dahinter verbirgt sich eine Politik- und Medienverdrossenheit. Publikumsempörung und Medienempörung müssen nicht im Gleichklang verlaufen. Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nicht ausreichend von den Repräsentanten der Politik vertreten. Zugleich finden sie ihre Themen auch nicht im öffentlich-rechtlichen Rahmen und in den überregionalen Zeitungen ausreichend gewürdigt. Wir haben es nicht nur mit unterschiedlichen Generationen verschiedener Öffentlichkeiten zu tun, sondern auch mit Unterschieden in der jeweiligen Dosis an Öffentlichkeit. Fehlende Responsivität verstärkt im doppelten Sinne Gegenöffentlichkeiten, sowohl in der Politik mit ihrem ausdifferenzierten Protestrepertoire als auch in der Zuwendung an bzw. nach sozialen Eigenmedien. So kommen zwiespältige Befunde über Befindlichkeiten der Bürger auf den politischen Märkten zustande: Wir sind privat zufrieden und öffentlich oft unzufrieden. Die eigene Lebenslage wird konstant besser bewertet als die öffentliche.

Die Resonanzsehnsucht in der Demokratie kann durch Anerkennung und Schutz von Differenz befriedigt werden. Letztlich verläuft die Wiederherstellung oder die Erhaltung einer demokratischen Resonanzbeziehung zwischen Regierten und Regierenden über die Herstellung von Vertrauen. Der Aufbau von Bindun-

gen zwischen den Regierenden und den Bürgern sichert Resonanz und Vertrauen. Ohne Bindungen kann sich keine Kommunikation entfalten, die auf Resonanz aus ist. Aber auf wen verlassen sich die Bürger in der Politik? Zu wem bauen sie Vertrauen auf? Vom Personenvertrauen wird oft auf das Systemvertrauen geschlossen. Denn Vertrauen führt. Aus Politikverdrossenheit wird oft Politikverachtung, wie Umfragen dokumentieren. Der Eindruck verfestigte sich in den vergangenen Jahren, dass viele Debatten in Politik und Medien sich von der Lebenswirklichkeit der Bürger entfernt haben und „am Bürger vorbei“ verlaufen. Es bleibt zu prüfen, ob mit dieser Resonanzstörung auch eine Verschiebung zu analysieren ist. Die politisch-mediale

»Wir sind privat zufrieden und öffentlich oft unzufrieden. Die eigene Lebenslage wird konstant besser bewertet als die öffentliche.«

Mitte wäre dann nicht mehr deckungsgleich mit der gesellschaftlichen Mitte. „Am Bürger vorbei“ bedeutet dann, dass die veröffentlichte Meinung nicht mehr das Meinungsspektrum der Bürger wiedergibt. Hinter der messbaren spezifischen Politik- und Medienverdrossenheit würde sich dann auch viel Potenzial für Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien sammeln, eine Elitenkritik, die Populisten lautstark propagieren.

Die überzeugten Rechtsextremen sind auf den Wählermärkten für Mitte-Parteien schwer zurückzugewinnen. Aber die orientierungssuchenden Unzufriedenen, die sich auch bei der AfD sammeln, kann die Mitte durchaus mobilisieren. Sie muss sich selber fragen, wie sie integrationsfähiger wird, wie empathiefähiger? Wie wird man guter Gastgeber? Mit welcher Aufenthaltsqualität muss der Begegnungsort ausgestattet sein, damit dies gelingt?

Aufmerksamkeit, Verständnis und Akzeptanz

Es liegt nahe, deshalb nochmals den Blick auf die Gesprächsstörungen zu legen. Die Dynamik der AfD ist schwer einzuschätzen. Aber viele Wähler finden sich auch dort, weil da offenbar alles ausgesprochen wird, was sie selbst bedrückt und was sie gleichermaßen auch alles verstehen, was dort propagiert wird. Diese Erfolgsformel von Populisten muss man nicht imitieren, aber strukturell ver-

stehen. Wer keine Resonanz zu den Wählern aufbaut, kann weder auf Vertrauen noch auf Mobilisierbarkeit hoffen. Wie kann man den Entfremdungsprozess zur pragmatischen, oft adaptiven Mitte stoppen? Eine verbale Bedeutungsvermittlung setzt immer voraus: Aufmerksamkeit, Verständnis, Akzeptanz. Auch notwendige Kohärenzgefühle zur eigenen Lebensorientierung und zum inhaltlichen Angebot der Parteien setzen voraus: den Eindruck von Machbarkeit, Verstehbarkeit der Situation und der Sinnhaftigkeit des Vorgesprochenen. Wer so spricht, kann Bürger kommunikativ erreichen und wieder Vertrauen aufbauen. Daraus erwächst die Verantwortung, alle Themen, die den Bürgern Sorgen machen, anzusprechen. Und dies in einer Sprache, die auch alle verstehen. Nicht einfache oder verführerische Botschaften sind gemeint, sondern eine „erhellende Vereinfachung“ (Joachim Gauck). Ohne Beschrei-

bungsangst muss dann an den Problemen argumentativ und handelnd gearbeitet werden. Mit wichtiger Kommunikationsmacht – wieder gehört zu werden – sind Gesprächsstörungen überwindbar, als Schlüssel zum Erhalt einer stabilen, demokratischen Mitte. Es gibt viele Auswege, um den Durchmarsch von Demokratieverächtern zu verhindern.

Und wir sollten komplexe Gesellschaften auch adäquat einschätzen: Warum sollten automatisch Populisten überall mehrheitsfähig werden? Nur weil es medial suggeriert wird? Die Wucht der Masse kann auch zum Gegenteil führen. Eine politische Rechtsverschiebung muss, wie wir gesehen haben, auch mit einem liberaldemokratischen Sound rechnen – mit Trotz-Demokratinnen und Demokraten. Das Superwahljahr ist noch längst nicht entschieden!

Vom Autor ist aktuell das Buch „Wählermärkte: Wahlverhalten und Regierungspolitik in der Berliner Republik“, Campus Verlag, Frankfurt/New York 2024 erschienen.

Anzeige

Führungscoaching
Karriereplanung



THOMAS RÖMER
www.team-roemer.de/res